

Stand: 08.12.2025 00:31:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28252

"Volle Energie für Solarnutzung auf Dächern"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28252 vom 28.03.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/29215 des BV vom 25.05.2023
3. Beschluss des Plenums 18/29388 vom 14.06.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 147 vom 14.06.2023



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Ursula Sowa, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Volle Energie für Solarnutzung auf Dächern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Entwurf zur Änderung des Art. 44a der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und anderer Vorschriften vorzulegen, der eine Solarnutzung für neue Wohngebäude sowie für umfassende Dachsanierungen bei Bestandsgebäuden ab 1. Juli 2023 vorsieht.

#### **Begründung:**

Ab 1. März 2023 bzw. 1. Juli 2023 gilt für Gewerbe- und Industriegebäude bzw. Nichtwohngebäude die gesetzliche Pflicht, unter bestimmten Voraussetzungen eine Solaranlage auf Gebäudedächern zu installieren. Bei einer umfassenden Dachsanierung greift die Vorschrift erst ab 1. Januar 2025. Photovoltaik und Solarthermie sind zwei wichtige Bausteine zur Bekämpfung der Klimakrise. Die Potenziale auf neu zu errichtenden und bestehenden Dächern sind hierbei enorm. Eine umfassende Solarpflicht gibt es bereits in Baden-Württemberg. Zudem ist es eine kostengünstige sowie effektive Klimaschutzmaßnahme, die Bewohnerinnen und Bewohner zudem vor steigenden Preisen für fossile Energieträger schützt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, weshalb die Neuregelung in der BayBO nicht das volle Potenzial an Dachflächen für eine Solarnutzung ausschöpft. Hier muss dringend nachgebessert und ein Entwurf für eine Änderung des Art. 44a BayBO vorgelegt werden.

Die gesetzliche Photovoltaikpflicht auf Dächern ist in Baden-Württemberg sehr detailliert und sinnvoll geregelt. Diese Regelung sollte als Richtschnur für eine bayerische Regelung insbesondere bei folgenden Punkten herangezogen werden:

So sollte ein Dach über eine zusammenhängende Mindestfläche von 20 m<sup>2</sup> verfügen. Die Anlage sollte möglichst in Kombination mit Dachbegrünung mindestens 50 Prozent der nicht anderweitig genutzten Dachflächen umfassen, wobei ein nach Norden ausgerichtetes Dach nicht unter die Photovoltaikpflicht fällt. Eine umfassende Dachsanierung liegt vor, wenn Änderungs- und Instandsetzungsmaßnahmen entweder mindestens 25 Prozent der Dachfläche betreffen oder deren Kosten 25 Prozent des Gebäudewertes ohne den Wert des Grundstücks, auf dem das Gebäude errichtet wurde, übersteigen. Ersatzweise sollten Photovoltaikanlagen oder solarthermische Anlagen auch auf anderen Außenflächen eines Gebäudes (z. B. Fassade) oder in dessen unmittelbarer räumlichen Umgebung installiert werden. Eine Photovoltaikpflicht entfällt bei Gebäuden mit einer Nutzfläche von weniger als 50 m<sup>2</sup>, bei Gebäuden mit Dachflächen, die im Rahmen der notwendigen Nutzung temporär entfernt oder bewegt werden müssen, oder bei Gebäuden, auf denen eine Solarnutzung eine Gefahr für Personen oder Sachen darstellt (z. B. Schneelast). Eine ganze oder teilweise Befreiung von der Photovoltaikpflicht ist

möglich, wenn diese nur mit unverhältnismäßig hohem wirtschaftlichen Aufwand erfüllbar wäre. Eine solche wirtschaftliche Unzumutbarkeit ist dann gegeben, wenn die Durchführbarkeit des Bauvorhabens insgesamt oder bei unbilliger Härte in sonstiger Weise aufgrund einer Erfüllung der Photovoltaikpflicht gefährdet wäre. Die Durchführbarkeit eines Neubauvorhabens gilt als insgesamt gefährdet, wenn die Kosten einer Photovoltaikanlage die Baukosten des Vorhabens bei einem Wohngebäude um 10 Prozent, bei einem Nichtwohngebäude um 20 Prozent übersteigen. Im Fall eines Überschreitens des Schwellenwerts kann die Bauherrin oder der Bauherr bis zum Schwellenwert von der Photovoltaikpflicht befreit werden, sodass im Ergebnis dann zumindest eine kleinere Photovoltaikanlage zu installieren wäre. Anders als bei Neubauvorhaben kann die Installation von Photovoltaikanlagen auf Bestandsgebäuden je nach Beschaffenheit im Einzelfall sehr hohe Mehrkosten verursachen (z. B. im Hinblick auf die Tragfähigkeit). Bauherinnen und Bauherren sind deshalb bei einer grundlegenden Dachsanierung von der Photovoltaikpflicht zu befreien, wenn die mit einer Installation einer Photovoltaikanlage verbundenen Netzanschluss- und sonstigen Systemkosten einen Anteil von mehr als 70 Prozent der Kosten der Photovoltaikanlage übersteigen. Bei Neubauvorhaben ist eine vollständige Befreiung nur im Falle „unbilliger Härte in sonstiger Weise“ möglich. Zu den sonstigen Systemkosten sollten Kosten zählen, die bedingt durch die Photovoltaikanlage für bau- und elektrotechnische Maßnahmen aufgewendet werden müssen, wie z. B. für Brandschutz, Sicherheit und Statik.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig  
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drs. 18/28252**

**Volle Energie für Solarnutzung auf Dächern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ursula Sowa**  
Mitberichterstatlerin: **Angelika Schorer**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 25. April 2023 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Enthaltung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 25. Mai 2023 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Ablehnung
  - SPD: Enthaltung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Sebastian Körber**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Ursula Sowa, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/28252, 18/29215

### **Volle Energie für Solarnutzung auf Dächern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Dr. Wolfgang Heubisch**

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD.

(Zuruf)

– Ich glaube nicht, dass die fraktionslosen Abgeordneten hier abstimmen dürfen.

Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
 oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Mai 2023 (Vf. 18-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK)

PII-G1310.22-0019  
 Drs. 18/29167 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
 II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.  
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Mai 2023 (Vf. 19-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin  
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern  
1. Bayerische Staatsregierung  
2. Bayerischer Landtag  
vom 8. Dezember 2022 über die Frage, ob die Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0020

Drs. 18/29168 (G) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

### Europaangelegenheiten

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union  
Beschäftigung und Soziales  
Europäischer Behindertenausweis  
10.02.2023 - 05.05.2023  
Drs. 18/27810, 18/29324

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf  
Drs. 18/29324 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Petra Guttenberger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen  
COM(2023) 185  
BR-Drs. 175/23  
Drs. 18/29212, 18/29321

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/85/EU des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten  
COM(2023) 242 final  
BR-Drs. 189/23  
Drs. 18/29269, 18/29322

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

## Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD  
Trauerflor für verunglückte Polizistinnen und Polizisten  
Drs. 18/26270, 18/28511 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

[illegible]

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD  
Kinderschutz in Bayern braucht eine verlässliche Finanzierung – Erweiterung der Förderrichtlinie BayMBI. 2022 Nr. 164  
Drs. 18/27806, 18/29072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Aufbau eines Bayerischen Zentrums für Rückführung  
Drs. 18/27818, 18/29223 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>





17. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
EU in die Schranken weisen:  
Nutzung von heimischem Holz weiter ermöglichen  
Drs. 18/28128, 18/29265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag des Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos)  
Inaktivierte gentechnisch veränderte Versuchstiere  
als Futtermittel zulassen  
Drs. 18/28158, 18/29268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD  
Landesaktionsplan statt Podcast – Queerbeauftragte/-beauftragten benennen und Landesaktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen  
Drs. 18/28244, 18/29075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Intimsphäre von Gefangenen konsequent schützen –  
Empfehlungen aus dem Jahresbericht 2021 der Nationalen Stelle  
zur Verhütung von Folter umsetzen  
Drs. 18/28245, 18/29220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Rechtssicherheit schaffen: Langzeitbesuche in Gefängnissen regeln!  
Drs. 18/28250, 18/29221 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Volle Energie für Solarnutzung von Parkplätzen  
Drs. 18/28251, 18/29214 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Volle Energie für Solarnutzung auf Dächern  
Drs. 18/28252, 18/29215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>





28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kindertagesstätte am Max-Planck-Institut in Garching erhalten  
Drs. 18/28371, 18/29136 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart AfD  
Reparieren statt wegwerfen! –  
Bayerisches Reparaturlabel jetzt auf den Weg bringen!  
Drs. 18/28412, 18/29191 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. AfD  
Evaluation von Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in  
Zusammenhang mit Eingriffen in die Natur durch den Bau und Betrieb  
von Energieerzeugungsanlagen in Bayern  
Drs. 18/28413, 18/29190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Hilfsangebote für von Gewalt bedrohte Frauen und Kinder sichern  
Drs. 18/28415, 18/29216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. AfD  
Umsetzung des novellierten Elektrogesetzes in Bayern  
Drs. 18/28419, 18/29189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>